

Übergang zur blutigen Phase

Rassenkrieg in Europa

Roland Wuttke

Die von den Globalisierern betriebene Völkervermischung hat den unterschweligen Rassenkrieg hervorgebracht, der jetzt offen ausbricht und in die blutige Phase übergeht. Die Demokraten versuchen die Existenz von Rassemerkmalen zu leugnen und bagatellisieren Gewalttaten als „Ausschreitungen Jugendlicher“ oder definieren sie als „islamistische Terrorakte.“

Am 22. Mai schlachteten in London zwei Nigerianer einen 25jährigen britischen Soldaten auf offener Straße vor den Augen entsetzter Passanten. Die 28 und 22 Jahre alten afrikanischen Mörder überfielen den Soldaten hinterrücks und enthaupteten ihn mit einer Machete. Beide Täter sollen in London geboren sein und „Londoner Akzent“ sprechen. Der 28-jährige Haupttäter Adebolajo sei ein Sohn „gläubiger Christen“ aus Nigeria, wäre aber als Jugendlicher zum Islam konvertiert. Kurz nach der Tat erklärte er den entsetzten Passanten, daß er den Soldaten getötet habe, weil „täglich Muslime von britischen Soldaten getötet werden.“ Er wolle nicht Politiker, sondern weitere „Durchschnittstypen, so wie du“ töten. Die politische Klasse und die Medien stellten die Bluttat als „islamistischen Terroranschlag“ hin.

Tatsächlich bietet der Islam nur die ideologische Verpackung einer seit Jahrtausenden bestehenden Rasseprägung, die in der neoliberalen Demokratie nur oberflächlich kaschiert wird. Damit ist das Scheitern der liberalen Weltanschauung vorgegeben, die die Gleichheit der Menschen postuliert.

Schweden

Auch in Schweden brach der Rassenkrieg offen aus. Im Stockholmer Vorort Husby brannten Autos, Schulen und Polizeistationen. Anlaß für den Ausbruch der Rassenunruhen am Pfingstsonntag

(19. Mai 2013) bot offenbar ein tödlicher Polizeieinsatz, bei dem zwei Tage zuvor ein 69 Jahre alter Mann erschossen wurde. Die Medien verbreiteten Verlautbarungen „örtlicher Aktivisten“, die der Polizei „übertriebene Gewaltanwendung“ und Beschimpfungen vorwarfen. Damit gab man den Antreibern in den Einwanderer-Ghettos von Husby die Stichworte für ihre Ausschreitungen. Die Unruhen breiteten sich rasch auf die Städte Uppsala, Örebro und Malmö aus. Auch hier brannten Autos und Gebäude; Polizei und Feuerwehr wurden mit Steinwürfen empfangen. Immerhin gab es Ansätze einer Bürgerwehr. Berichten zufolge führen in der Gegend von Stockholm „rund 200 Rechtsradikale in Autos herum“ und bildeten eine Art mobile Verteidigungstruppe. Laut Polizei trugen immerhin „auch Bürgerpatrouillen zu einer Verringerung der Gewalt bei“ (Spiegel-Online, 25.05.2013).

Auch in Schweden steht „Multikulti“ vor dem Scheitern. Bereits in den 70er Jahren wurden im Zuge eines groß angelegten Überfremdungsprogrammes riesige Sozialwohnblöcke in Husby errichtet, um günstigen Wohnraum für Einwanderer zu schaffen. Nach Schätzungen haben über 80 Prozent der rund 12.000 Bewohner einen „Migrationshintergrund“. Die Jugendarbeitslosigkeit, die in Schweden immerhin schon 27 Prozent beträgt, liegt in Husby bei über 50 Prozent. Ein im Jahr 2007 gestartetes Sanierungs- und Verschönerungsprogramm brachte nichts. Die Jugendlichen wollten keine Jugendzentren sondern eine ordentliche, bezahlte Arbeit. Aber gerade die kann das kapitalistisch-sozialdemokratische Regime nicht bieten - schließlich hatte man die Zuwanderer als Lohnbrecher ins Land geschleust.

Die schwedische Integrationspolitik gilt in den Westmedien als „vorbildlich“. 14 Prozent der neun Millionen Schweden haben „Migrationshintergrund“. Mit der „Ganz-Schweden-Politik“ versuchte man die Einwanderer über das ganze

Land zu verteilen. So wollte man der in Mittel- und Nordschweden erkennbaren Tendenz der Alterung und der Abwanderung der jungen Bevölkerung in die Großstädte entgegenwirken. Man senkte das Bildungsniveau und verpaßte den Einwanderern Sprachkurse. Das Ergebnis: 90 Prozent aller Jugendlichen haben Abitur und „die jungen Menschen mit Einwanderungshintergrund sprechen perfekt Schwedisch.“ Nur nutzt dies nichts, denn im immer schärferen wirtschaftlichen Verdrängungswettbewerb zählen offenbar doch tiefer liegende Rassemerkmale und nicht das Schwedenabitur und oberflächliche Sprachkenntnisse. Da Rassemerkmale aber in der verquastenen Denkwelt sozialdemokratischer Politiker offenbar nicht vorkommen, erleben sie jetzt ihr Desaster. Sie bilden sich ein, mit weiteren staatlichen „Millionenprogrammen“ ihre Illusion Integration retten zu können.

England

Schon im August 2011 kam es in England zu einem offenen Ausbruch des angelegten Rassenkrieges. Im nördlichen Londoner Stadtteil Tottenham fing es an und breitete sich rasch wie ein Flächenbrand über England aus. Auch aus Städten wie Wolverhampton oder West Bromwich bei Birmingham wurden schwere Krawalle gemeldet. Der mosaische britische Premierminister David Cameron mußte seinen Italien-Urlaub abbrechen. Brennende Wohnhäuser, Lagerhallen und Geschäfte sowie Hunderte zerbrochener Schaufensterscheiben kennzeichneten die Unruhen. Es gab Berichte über Gewalt, Brände und Plünderungen aus acht Stadtvierteln Londons: von Ealing im Westen bis Hackney im Osten, von Croydon im Süden bis Camden im Norden. Ein 26-jähriger Mann erlag im Krankenhaus seinen Schußverletzungen, nachdem Polizisten ihn am Montag im Londoner Stadtteil Croydon schwer verletzt aus einem Auto

gezogen hatten. Er war nicht das einzige Todesopfer dieser Unruhen. In den Städten randalieren und plündern drei Tage lang arabische und afrikanische Banden, während die Polizei zunächst vollkommen überfordert war. Die kapitalistischen Medien versuchten die Unruhen als „Ausschreitungen von Jugendlichen“ hinzustellen. Nur durch einen massiven Polizeieinsatz (allein 16.000 Einsatzkräfte in den Vororten von London) ließen sich der Rassenkrieg zunächst wieder eindämmen.

Frankreich

Erinnerungen an die Unruhen in den Pariser Vororten wurden wach. Bei den gewalttätigen Unruhen in Frankreich im Oktober und November 2005 handelte es sich zunächst um eine Reihe unorganisierter Sachbeschädigungen und Brandstiftungen sowie gewalttätiger Zusammenstöße mit der Polizei in der so genannten Banlieue des Großraums Paris, die am 27. Oktober 2005, nach dem Unfalltod zweier Jugendlicher begannen. Die Vororte von Paris werden zu 80 Prozent von Arabern bewohnt und gelten als „unzugänglich“. Immer wieder werden von dort aus Raubüberfälle auf Supermärkte unternommen, wobei sich die bewaffneten Täter rasch wieder in den Tiefen der „Banlieue“ verlieren. Zunächst beschränkten sich die Ausschreitungen vom Oktober 2005 auf den Heimatort der Jugendlichen, den Pariser Vorort Clichy-sous-Bois. In den folgenden Tagen weiteten sich die Unruhen auf andere Départements des Pariser Umlands wie Seine-et-Marne oder Val-d'Oise, später auch auf die französischen Städte Lille, Rouen, Rennes, Dijon, Toulouse und Marseille aus. Alleine am Abend des 3. November wurden über 500 Autos und mehrere Häuser in Aulnay-sous-Bois, Neuilly-sur-Marne, Le Blanc-Mesnil sowie im Département Yvelines in Brand gesteckt.

Die Bilder prägten sich bei den Menschen in Europa ein und sind seither ein Synonym für den Rassenkrieg. Auslöser können schon kleinste Funken sein. In Paris waren es Gerüchte um den Tod zweier Jugendlicher aus Einwandererfamilien (Ziad Benna, 17, und Bouna Traoré, 15), die am 27. Oktober 2005 in Paris auf der Flucht vor der Polizei

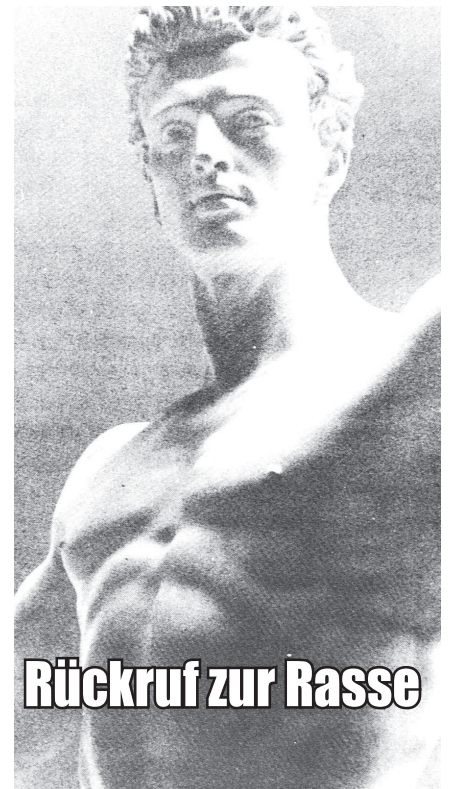
die Absperrung zu einem Transformatorhäuschen überwand und dort von Stromschlägen tödlich getroffen wurden. Ein weiterer Jugendlicher, der Türke Muhtin Altun (17), wurde mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert. Die Staatsanwaltschaft gab an, daß die Jugendlichen vor Polizisten flüchteten, die allerdings eine andere Gruppe verfolgten, die sich einer Personenkontrolle entziehen wollten. Nach dem Abflauen der Rassenunruhen verlor die Systemmedien rasch das Interesse an den Vorgängen, obwohl es – bis heute – immer wieder zu kleineren Brandstiftungen und Ausschreitungen kommt.

Bewertung

Der Rassenkrieg in der EU ist durch eine Verdichtung von Ausschreitungen, Brandstiftungen und Rassenmorden – wie am 10. März in Kirchweyhe – gekennzeichnet.

Mit aufwendigen Integrationsprogrammen versucht die politische Klasse dieses Problem zu vertuschen. Gleichzeitig wird durch Medienkampagnen versucht, den Menschen einzureden, Einwanderer seien besser als ihr Ruf. Als Beispiel müssen in der BRD der „Chef der Deutschen Bank“, der Inder Anshu Jain, und Bundeswirtschaftsminister Rößler, ein adoptierter Vietnameser, herhalten. Zudem wird behauptet, Einwanderer würden einen höheren Bildungsgrad als die Deutschen haben. Dergleichen Unsinn kann allerdings nicht über die explosiven Realitäten einer programmgemäßen Überfremdung Europas durch rassefremde Einwanderer hinwegtäuschen.

Der UN-Verwalter des Kosovo Sergio Mello sagte am 4.8.1999 dem US-Sender PBS zu den Zielen der UNO u.a.: „Unvermischte Völker sind eigentlich ein Nazikonzept. Genau das haben die alliierten Mächte im Zweiten Weltkrieg bekämpft. Die Vereinten Nationen wurden gegründet, um diese Konzeption zu bekämpfen, was seit Dekaden auch geschieht. Genau das war der Grund warum die Nato im Kosovo kämpfte. Und das war auch der Grund, warum der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eine solch starke Militärpräsenz im Kosovo verlangte – nämlich um das System ethnischer Reinheit zu verhindern“. Genau



darum geht es: Die gezielte Zerstörung der ethnischen Identität Europas. Offenbar hält man homogene Völker für widerstandsfähiger gegenüber den Mechanismen einer globalen Ausplünderung. Der totale Materialismus verlangt eine Deformation der Persönlichkeiten, eine „psychologische Konditionierung des Massenmenschen“ (Bernd Rabehl), die in den westlichen Demokratien stattfindet. Der Konsumbürger hat keine „Ich-Identität“, keine Persönlichkeit und somit keine inneren Konflikte. Er definiert sich in seinem Wert in der Fähigkeit des Konsumierens. Folglich ist er „Konsument“ oder „Verbraucher“. So verlangt es die „Herrschaft des Gleichen“ (Alain de Benoist). Zudem ist er als Sklave vollständig abhängig von den Lohnbedingungen der Industrie oder der Sozialhilfe der Staaten.

Der Gegenentwurf dazu ist der historisch denkende autarke und souveräne Mensch. Die Freiheit des weißen Mannes definiert den Wert seines Ichs im Verhältnis zur Stammes- und Volksgemeinschaft. Damit sind die Fronten vorgezeichnet. Nicht nur in Griechenland, Ungarn, Spanien, Italien, Frankreich, England und Schweden erkennen dies jetzt die Menschen. Europa steht ein blutiger Rassenkrieg bevor – und damit das Scheitern aller globalistisch-universalen Ideologien. ■